

# Stolperer Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Ämtliches  
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolpe, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolpe 10 Goldpfennig, für Stellengebote und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3spaltige Kleinzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 267

Stolpe, Sonnabend, den 13. November 1926

50. Jahrgang

## Die Suche nach der Mehrheit.

### Regierung und Sozialdemokratie.

Berlin, 12. November. Im Reichstag waren heute die verschiedensten und widersprechendsten Gerüchte über das Ausmaß der gestrigen zwischen dem Kanzler und den Sozialdemokraten getroffenen Vereinbarungen und über die Stellung der Sozialdemokratie dazu im Umlauf. So wurde von einer dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei nahestehenden Seite behauptet, der Kanzler habe mit den Sozialdemokraten „kein generelles Arbeitsgemeinschaftsverhältnis vereinbart, sondern nur verabredet, daß je nach dem Wunsch der Regierung in besonders schwierigen Fällen die Schaffung einer Reichstagsmehrheit für ein Gesetz durch vorherige Heranziehung der Sozialdemokratie versucht werden solle.“

Nach unseren Informationen sind die zwischen Kanzler und Sozialdemokratie getroffenen Vereinbarungen jedoch viel weitgehender und genereller, als es obige tendenziöse Darstellung der Volkspartei, der das durch den Kanzler eingegangene Abhängigkeitsverhältnis von der Sozialdemokratie natürlich peinlich ist, wahr haben will. Daß in der gestrigen Besprechung zwischen Marx und Hermann Müller die sogenannte „Stille Koalition“ aus der Laufe gehoben wurde, dürfte feststehen. Nicht ganz geklärt ist dagegen die Frage, wie sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu den Abmachungen ihrer Fraktionsvorsitzenden mit dem Kanzler stellt. Bei den Sozialdemokraten scheinen die Meinungen weit auseinanderzugehen. So erklärt der „Vorwärts“ alle Meldungen über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft oder stillen Großen Koalition für falsch. Die Verpflichtungen der Sozialdemokratie — so schreibt er — gehen nicht weiter als bis zu der Bereitwilligkeit, den Bemühungen um einen Ausgleich in jenen Fragen nicht zu widerstreben. Man wird sie unterrichten, man wird ihre Argumente zur Kenntnis nehmen und es wird sich dann in jedem einzelnen Falle zeigen, ob und inwieweit eine Einigung zu erzielen ist. In diesen Sätzen des „Vorwärts“ dürfte die Meinung der sozialdemokratischen Fraktion zur Mehrheit zum Ausdruck kommen. Der radikale Flügel der Sozialdemokratie stellt sich offenbar auf dem Standpunkt, daß es besser sei, keinerlei generelle Bindungen einzugehen, sondern lieber die Regierung „zappeln“ zu lassen wie bisher. Im Gegensatz zu dieser Auffassung stellt sich der kleinere rechte Flügel der sozialdemokratischen Fraktion hinter den Vorsitzenden Müller, ja es scheint, als ob dieser Flügel nicht nur die stille Große Koalition billigt, sondern auch zum offiziellen Eintritt in die Regierung bereit ist. Aus diesen Kreisen stammt wohl auch die Information eines Nachrichtenbureaus, wonach die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion der Ansicht sei, daß nur ein vollständiges Zusammengehen mit den Regierungsparteien von Nutzen sein könne und daß die weiteren Verhandlungen in diesem Sinne geführt werden würden. Aus dieser Information ist zunächst das Wort „Mehrheit“ falsch. Denn bisher ist nur eine Minderheit der Sozialdemokratie koalitionsfähig. Ferner ist die Behauptung falsch, daß die Verhandlungen mit dem Ziel der „offiziellen Großen Koalition“ geführt werden sollen. Das ist schon deshalb unrichtig, weil die Sozialdemokratie überhaupt noch keinen Beschluß gefaßt hat und voraussichtlich in nächster Zeit auch nicht fassen wird und wenn, dann jedenfalls nicht im Sinne der obigen Behauptung. Schließlich kann noch festgestellt werden, daß weder bei der Deutschen noch bei der Bayerischen Volkspartei sonderliche Neigung für eine Aufnahme der Sozialdemokraten in die Regierung vorhanden ist. Bei beiden Parteien ist es ohnehin schon peinlich genug, daß die gestrigen Vereinbarungen des Kanzlers über die stille Koalition ruchbar geworden sind.

### Um Hirtiefers Wohnungspolitik.

Aus dem Preussischen Landtag.

Berlin, 12. November.

Der Landtag erledigte heute zunächst eine Reihe von Anträgen durch Ueberweisung an die Ausschüsse. Zu einer längeren Aussprache kam es bei einem sozialdemokratischen Antrag, der zur Förderung des Wohnungsbaues im Jahre 1927 Maßnahmen verlangt, die den Bau von mindestens 200 000 Wohnungen im Jahre 1927 in Preußen ermöglichen.

Abg. Lüdemann (Soz.) begründete den Antrag, mit dem auch ein demokratischer Antrag mitberaten wurde, der einige Abänderungen zugunsten der Mieter fordert. Redner fragte den Volkswohlfahrtsminister nach der Gestaltung seines Programms für 1927. Während dieses noch unbekannt sei, kündigte der Minister Maßnahmen zur Förderung der Wohnungszwangswirtschaft an. Der Minister müsse erklären, ob er ausreichende sachliche Gründe für sein Vorgehen hat.

Abg. Bartels-Krefeld (Komm.) lehnte ebenfalls die angekündigte Verordnung des Ministers ab.

Abg. Hoff (Dem.) begründete den demokratischen Aenderungsantrag zu der angekündigten Verordnung des Volkswohlfahrtsministers. Dieser Antrag lautet:

„Für gewerbliche Räume, deren Jahres-Friedensmiete in Berlin 4000 Mark nicht übersteigt, bleiben die bisherigen Bestimmungen der Wohnungszwangswirtschaft aufrechterhalten. Wird durch die Kündigung eines gewerblichen Raumes die wirtschaftliche Existenz des Mieters bedroht, so steht diesem das Recht zu, einen zu bildenden Einigungs-Ausschuß anzurufen.“

Wir, so erklärt der Redner, stehen grundsätzlich auf dem Boden der Privatwirtschaft und haben den dringenden Wunsch, daß auch der letzte Rest der Kriegszwangswirtschaft, die Wohnungszwangswirtschaft, beseitigt wird. Dafür gibt es aber nur einen Weg, in möglichst großer Zahl Wohnungen herzustellen. Das Vorgehen des Ministers ohne Befragung des Landtages ist unzulässig. Wir müssen es beanstanden. (Zustimmung bei den Demokraten.)

Abg. Kaufhold (Deutschn.) gibt zu, daß große Erregung wegen der neuen Absichten der Regierung in der Bevölkerung entstanden sei. Die kleinen Gewerbetreibenden und Ladeninhaber hätten aber übersehen, daß die mit Wohnräumen verbundenen gewerblichen Räume weiterhin geschützt werden. Die Mieter dürfen selbstverständlich nicht schutzlos gelassen werden, solange nicht genügend Wohnungen da sind.

Wo bleiben aber die Hauszinssteuermittel? Sie gehen unter in dem demokratischen System, das auch im Bauwesen herrscht. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Volkswohlfahrtsminister Hirtieffert vertweist darauf, daß im vorigen Jahre 80 000 Wohnungen fertiggestellt und daß in diesem Jahre voraussichtlich rund 120 000 Wohnungen in Preußen beziehbar geworden sind. Der Wohnungsbau im Jahre 1926 sei im wesentlichen dadurch gehemmt worden, daß die Hauszinssteuer erst Ende Juni verabschiedet wurde und daß deswegen erst zu diesem Termin mit dem eigentlichen Bauen begonnen werden konnte, das ein Teil der Mittel für den Wohnungsbau auf dem Anleihewege zu übernehmen ist. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es nicht Aufgabe der armen Mieter sein kann, alles, was wir an Neubauten benötigen, aus sich selbst herauszuholen. Ich bin dankbar für die Anregung des Abg. Lüdemann, möglichst früh die Bautätigkeit im nächsten Jahre zu beginnen, denn wir müssen heraus aus der Wohnungsnot.

Wir kommen an einer Steigerung der Mieten nicht vorbei.

(Zurufe links: Unerhört!) Das sage ich offen. Selbst wenn es vielleicht unpopulär klingt. Es müssen aber Mittel und Wege gefunden werden, daß durch Lohn- und Gehaltsaufbesserungen die gesteigerten Mieten getragen werden können. Auf einem anderen Wege kommen wir nicht weiter. (Erneuter Lärm links.) Dem Abg. Lüdemann antwortete er, daß für die Verordnung nur sachliche Gründe maßgebend waren. Es ist ein Ueberfluß an großen Wohnungen vorhanden, die einfach nicht mehr zu vermieten sind. Für diese Wohnungen ist die Zwangswirtschaft überflüssig. — Der Minister weist darauf hin, daß die Vermieter der großen Wohnungen trotzdem immer noch die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes beachten müssen, was vor allem auch für die Höhe der Miete in Frage kommt. Er richte als Minister die dringende Aufforderung an die Vermieter von großen Wohnungen und Gewerberäumen, Vernunft zu bewahren, da er sonst, wie er das schon im Jahre 1920 getan habe, die Verordnung wieder zurückziehen werde. Die kleinen Ladeninhaber werden von der Verordnung überhaupt nicht betroffen. (Widerpruch links.) Daß Hauszinssteuermittel für die Verwaltung ausgegeben würden, wie es in der Aussprache behauptet worden ist, treffe nicht zu.

Abg. Lange-Dittersbach (Ztr.) begrüßt die Verordnung. (Unerhört! bei den Kommunisten.) Handwerk und Handelskammern seien auch dafür. Öffentlich werden in den Wohnungssämtern die nötigen Schlüsse gezogen. Abg. Spidernagel (D. Vpt.): Die Mittel aus der Hauszinssteuer müssen in erster Linie dem Wohnungsbau zugute kommen. Eine Erhöhung der Hauszinssteuer lehne er ab.

Abg. Haase (Wirtsch. Vereinigung) erklärt, die Rede des Volkswohlfahrtsministers habe den Vorzug, daß sie logische und wirtschaftlich mögliche Gedankengänge enthalte. Abg. Ladenborff (Wirtsch. Vereinig.), mit dem Rufe empfangen: „Der Sieger von Sachsen!“, erklärt es für eigenartig, daß zwei Koalitionsparteien sich gegen die Verordnungen eines Koalitionsministers erklären hätten. Damit schließt die Aussprache. Die Anträge werden der Ausschußberatung überwiesen.

Das Haus stimmt dann einem auf einem deutschnationalen Antrag beruhenden Antrag des Landwirtschaftsausschusses zu, der eine möglichst umfassende Vereinfachung des Verteilungsmodus und

gleichmäßige und gerechte Verteilung der Zwischentreite für die Landwirtschaft fordert, sowie die besondere Berücksichtigung der kleinen und mittleren Landwirtschaft wünscht.

Es folgt die Besprechung von Anträgen des Wohnungs- und Heimstättenausschusses, die das Staatsministerium ersuchen, auf die Reichsregierung einzuwirken und die preussischen Vertreter im Reichsrat anzuweisen, daß in Ausführung des Mieterschutzgesetzes u. der Fürsorgebestimmungen dort, wo festgestellt wird, daß der Mieter unverschuldet nicht in der Lage ist, seinen Mietzahlungen nachzukommen, er von seiten der Kommune durch Zahlung der Miete aus dem Fürsorgefonds vor der Räumungslage geschützt wird. Das Haus stimmt den Ausschußanträgen zu.

Das Haus stimmt einigen Anträgen des Landwirtschaftsausschusses zu, wonach eine Ermäßigung des Zinsfußes der Meliorationsdarlehen und eine Herabsetzung der Tilgungsraten, sowie eine Herauschiebung der Rückzahlungstermine der landwirtschaftlichen Kredite erstrebt und mit der Reichsregierung geprüft werden soll, ob auch in Deutschland der Waren-Lombard für landwirtschaftliche Produkte reichsgesetzlich eingeführt werden kann. — Das Haus vertagte sich auf Dienstag.

## Deutscher Reichstag.

Dr. Külz zum Reichsschulgesetz.

Berlin, 12. November.

In der Reichstagsitzung am 12. November wurden das vorläufige deutsch-finnische Handelsabkommen und der deutsch-lettische Wirtschaftsvertrag ohne Debatte in zweiter und dritter Beratung endgültig angenommen. Dann wird die allgemeine Versammlung über den Nachtragsetat für 1926 fortgesetzt.

Abg. Faeth (Deutschn.) klagt über die steuerliche Belastung des Mittelstandes. Die Lasten für Handel und Gewerbe würden weiter gesteigert durch die jüngste Gesetzgebung auf sozialpolitischem Gebiet. Die Not der beschäftigungslosen selbständigen Handwerker sei ebenso groß, wie die der Erwerbslosen. Angesichts dieser Notlage sei die übermäßig hohe Gewerbesteuer nicht zu rechtfertigen.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) bezeichnet den Reichsschulgesetzentwurf als eine ganz unbrauchbare Verhandlungsgrundlage. (!) Es sei deshalb begrifflich gewesen, wenn dieser Entwurf ohne weiteres abgelehnt wurde.

Reichsinnenminister Dr. Külz

erklärt, die Reichsregierung stehe mit den Ländern in Unterhandlungen über die Entschädigung der Lehrkräfte geschlossener Privatschulen. Bei der bevorstehenden Beratung des Gesetzes gegen Schmutz und Schund werde sich zeigen, wie sehr die Tendenz dieses Gesetzes in der Öffentlichkeit verkannt worden sei. Das Reichsschulgesetz bedürfe gründlichster Vorbereitung, aber, so erklärt der Minister, ich hoffe zuversichtlich, die Vorlage Ende d. Mts., spätestens Anfang des nächsten Monats, im Kabinett zu verabschieden. Ich hoffe, daß dann die Vorlage im Plenum auf breiter Grundlage angenommen wird mit einer Mehrheit, die nach rechts und links hinübergreift.

Abg. Koenen (Komm.): Der Einnahmeüberschuß, den Reinhold herausrechnet, sei Schwindel. Tatsächlich habe die Mißwirtschaft des Ministers Reinhold zu einem Defizit von rund einer Milliarde geführt.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) weist die Berechnungen des Abg. Koenen als ganz unzutreffend zurück. Der Redner billigt das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung und die für Siedlungsarbeit eingesetzten Mittel. — Die Weiterberatung wird darauf abgebrochen.

Die deutsch-französische Vereinbarung über den Austausch von Erzeugnissen einiger deutscher und saarländischer Industrien wird ohne Debatte dem auswärtigen und handelspolitischen Ausschuß überwiesen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über die Krisenfürsorge für Erwerbslose. Ohne weitere Debatte wird die Vorlage dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Abg. von Graefe (Wirtsch.) protestiert dagegen, daß die außenpolitische Debatte bis zur übernächsten Woche vertagt werden soll. Schon am Sonnabend müsse der Reichstag Stellung nehmen zu der selbstherrlichen Methode, mit der der Reichsaussenminister den Reichstag beiseite schiebt.

Reichsinnenminister Dr. Külz weist den Vorwurf zurück, daß der Reichsaussenminister oder die Regierung den Reichstag beiseite schieben wolle. Die Regierung habe auf die Dispositionen des Reichstages gar keinen Einfluß geübt. Der Außenminister habe sich in den letzten Tagen immer bereit erklärt, im Reichstag zu reden.

Abg. Stöcker (Komm.) schließt sich dem Antrag v. Graefe an. — Der Antrag wird abgelehnt.





# Damen-Mäntel



**Mäntel**  
aus gemusterten Winterstoffen  
15.00 9.75  
**8.00**

**Mäntel**  
aus guten Flauchstoffen  
22.00 15.00  
**9.75**

**Mäntel**  
aus reinwollenen Flauchstoffen solide Machart  
28.00 22.00  
**18.50**

**Mäntel**  
aus reinwoll. Velour jugendl. Form  
35.00 32.00  
**28.00**

**Mäntel**  
aus reinwoll. Velour mit Pelzgarnitur  
45.00 38.00  
**30.00**

**Mäntel**  
aus Wollotomanen, viele Farben  
78.00 64.00  
**45.00**

**Mäntel**  
aus prima Winterstoffen halb auf Futter mit Pelzgarn  
85.00 75.00  
**68.00**

**Mäntel**  
aus prima Wollstoffen, beste Verarbeitung ganz a. Futter  
135.00 110.00  
**95.00**

**Krimmerjacke**  
schwarz, ganz a. Futter  
**58.00**

**Wollplüschjacke**  
braun, ganz a. Futter  
**45.00**

## Gustav Zeeck.

### Stadttheater

Telephon 419.

Sonntag, den 14. November  
8 Uhr

#### „Wiener Blut“

Operette in drei Akten  
von J. Strauß.

Montag, den 15. November  
8 Uhr

#### „Ueber den Wassern“

Drama in drei Akten  
von G. Engel.

Dienstag, den 16. November  
8 Uhr

Zu bedeutend ermäßigten Preisen!

#### Der Raub der Kabinettinnen

Schwank in drei Akten  
von F. v. Schönthan.

### Heirat!

Schöne 20jähr Landwirts-  
tochter mit wunderbarem  
Grundbesitz und ein. Ver-  
mögen v 270 000.—, wünscht  
strebenden Herrn mit Her-  
zensbildung, Vermögen nicht  
Bedingung, durch  
Frau Sander, Berlin C. 25.

### Bekanntmachung!

Die „Wienholz“-Blauband-Jugendzeitung bringt, mit der näch-  
sten Nummer beginnend, eine Romanbeilage, um die Zeitschrift  
auch für die Hausfrauen und Mütter anregender zu gestalten.



Die Beilage enthält einen spannenden Roman von E. Würdig,  
betitelt:

### „Geld und Herz.“

Bekanntlich erhält beim Einkauf von 1 Pfund „Wienholz“-  
Blauband-Margarine jedermann die Zeitung umsonst.  
Sie müssen aber ausdrücklich „Wienholz“-Blauband fordern.  
Der Name steht auf der Packung. Das ½ Pfund kostet 50 Pfg.

### Beschluß.

Das Verfahren zum Zwecke  
der Zwangsversteigerung des  
in Groß-Machmin belegenen,  
im Grundbuche von Gr. Mach-  
min Band II, Blatt 13 auf  
den Namen des Händlers  
Paul Bewerke in Gr. Mach-  
min eingetragenen Grund-  
stücksamteils des Paul Be-  
werke Ader und Wiese mit  
Hofraum, Wohnhaus, Scheune  
und Stallung wird auf-  
gehoben, da der betreibende  
Gläubiger seinen Antrag auf  
Zwangsversteigerung zurück  
genommen hat.

Stolz, den 10. Nov. 1926  
Amtsgericht.

Lustgetrocknetes  
**Dorschmehl u.  
Fischmehl**  
Brod- u. Futterfett

bietet an

**Karl Schröder,**  
Friedrichstr. 509, Mittelstr. 43.

**la. Bohnermasse**

in bekannter Güte empfiehlt  
**J. de Veer,** Langenstraße 13

### Stottern

welches nur bei Angstgeföh-  
len und schnellem Reden  
austritt, kann radikal besei-  
tigt werden durch Selbsthilfe  
und ohne Berufshörung mit  
meiner billigen, ärztlich em-  
pfohlenen u. patentierten Me-  
thode. Erfolg evtl schon in  
2-3 Wochen, auch da, wo  
andere Versuche versagten.  
Bei Kindern v. 7. Jahre an.  
Auskunft in **Stolz, Mittwoch,**  
den 17. November, von  
9-2 Uhr in Kleins Hotel.

**Eugen Frei, Stuttgart,**  
Kronenstr. 46

### Metallbetten

Stahlmatt., Kinderbetten  
Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)  
aktuell an Priv. Kotal 4 Grel.

### Bettstätten

Befreiung bei Alter und  
Schlecht angeben

Auskunft umsonst.  
**Institut Englbrecht,**  
Ammerland a. See (Dobay.)  
C. 84.



# Wallhaus-Betriebe Stolp i. Pom.

Sernruf 1087

Haltestelle der Straßenbahn

Alt-Deutsches Wein- und Bier-Restaurant

Vornehmer Dielen- und Barbetrieb

❖ ❖ Täglich Künstlerspiele ❖ ❖

An Sonn- und Festtagen ≡ Südfuhrtee ≡

Bekannte hervorragende fachmännisch geführte Küche — Bestgepflegte Biere und Getränke

≡ Räume zu allen Sonderveranstaltungen ≡

## Schwerhörige

verlangen den bekannten Gehör-Apparat  
„Noris“ unsichtbar im Tragen,  
Wärme im Innern erhaltend, Schutz gegen Zug und Kälte. Bereits 16 Jahre im Handel.

H. Löffler, Dresden I, Marienstraße 44  
4 Wochen auf Probe.

Herr Löffler befindet sich zur unverbindlichen Besichtigung  
Dienstag, den 16. November von 3—1/2 Uhr  
dort im Hotel Kaiserhof.

## Achtung! Vaterländische Verbände Achtung!

Stürme der Begeisterung erzielen bei Aufführungen  
nachstehende Theaterstücke:

Friedrich der Große am Altar.  
Hohenfriedberg.  
Fridericus Rex.

Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben.  
Probeheft 1,20 Mark einsenden.

Kostüme zu allen Aufführungen von 3,— Mark an  
nur bei

R. Stach, Theaterverlag und Kostümhaus  
Stolp i. Pom.

## Uhren-Kauf

ist Vertrauenssache.

Ich habe eine große Auswahl in allen Preisen.

**Ernst Gast**

Holstentorstr. 17

Bitte genau auf die Firma zu achten.

Prima

Oberschl. Steintohlen

Niederl. Briffetts

Oberschl. Hüttenfoks

ab Lager und frei Haus in jeder gewünschten  
Menge sofort lieferbar.

**Wilhelm Moldenhauer**

Holstentorstr. 23 und Triftstr. 41. Fernruf 153.

## Bruchleidende

Gehen Sie nicht auf verlockende unwahre Inserate, sondern zu  
einem langjährigen Fachmann. Mein Bruchband „Ideal“ eig.  
Syst. oder das Bruchband Kolumbus D. R. P. ist das Beste was  
existiert, ohne Feder, kein harter Ledergürtel oder Eisenbügel,  
rutscht und drückt nicht, Tag und Nacht tragbar. Garantie für  
tadelloses Passen. Leib-, Nabel- und Vorfallbinden, Geradehalter,  
sowie Bandagen aller Systeme usw.

Dreißigjährige Erfahrung. Reelle Bedienung.

Von mehr als 50 000 Bruchleidenden mit best. Erfolg getragen:

Für alle Bruchleidende kostenlos zu sprechen in: Stolp Mitt-

woch, 17. November von 9—2 Uhr in Klein's Hotel.

Bandag.-Spezialist Eugen Frei, Stuttgart,

Kronenstr. 46.



## Bekanntmachung!

Habe ab heute die

## General-Vertretung



der Ersten Kulmbacher weltberühmten Aktien-Export-Bierbrauerei Kulmbachs für Hinterpommern  
übernommen. Dieselbe Vertretung habe ich auch von 1893 bis 1910 in Bromberg inne gehabt. Die Biere  
sind erstklassiger Qualität, hell und dunkel u. ärztl. empfohlen. Die Lieferung erfolgt überall frei Haus  
in Gebinden, Flaschen und Siphons.

Es wird mein Bestreben sein, meine werthe Kundschaft prompt und reell zu soliden Preisen zu  
bedienen. Ich bitte, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen.

## Albert Polzin, Mineralwasserfabrik

Telephon 978.

Inhaber der Niederlage der Kösliner Aktien-Bierbrauerei  
Stolp.

Bachstraße 4.

## Provinzialbank Pommern

(Girozentrale)

Zweiganstalt Stolp (Kreishaus)

Landwirtschaftliche Kredite

Bevorschussung von Getreide

Warenvers Schiffungen usw.

Einräumung von Zwischenkrediten

bei Aufnahme von Hypotheken.

Unterstützt nicht die Hausbettelei durch  
Geldgaben, sondern kauft

Gutscheine der städtischen Volkstüche

zur Ausgabe an Bettelnde.

12 Gutscheine kosten 1.— Mk.

und sind vorläufig zu haben.

A. Lemme & Co., Langestraße 64

Emil Wolsdorff Inh. Paul Hartmann, Markt 15

Hotel Kaiserhof, Neutorstraße

Max Bröske, Neutorstraße 14

Paul Albrecht, Bahnhofstraße 15

Die Verwaltung der städtischen Volkstüche.

W. Paenen, Stadtrat.

## Bruchbänder

## Leibbinden

Gummistrümpfe, Plattfüßeinlagen usw.  
soll man nur bei einem Fachmann kaufen, denn  
nur ein solcher kann an Hand seiner praktischen Erfah-  
rungen für guten und zweckmäßigen Sitz garantieren.

Fachkundige Bedienung für Damen und Herren  
finden Sie bei

**A. Hodapp** Stolp,  
Langestr. 11.

Begründet 1885.

Fernspr. 520.

Erstes Fachgeschäft am Plage.

Orthopädie, Bandagen, Gummiswaren, Verbandstoffe.

Chirurgische Instrumente.

Elektrifizier- und Heißluft-Apparate.

Punkt-Roller, Sandow Handeln und Muskelstärker.

Lieferant für Behörden und Krankenkassen.